

DIW@school

AUSGABE 2/2005

ERSCHEINT ZWEIMAL JÄHRLICH
www.diw.de/atschool

Was ist DIW@school?

DIW@school ist eine Publikation des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), erscheint zweimal jährlich und wird den Schulen kostenlos als PDF-Datei zur Verfügung gestellt.

DIW@school liefert Unterrichtsmaterial über die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik. Alle Beiträge stammen von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen des DIW Berlin.

Für wen ist DIW@school?

DIW@school richtet sich an Schüler und Lehrer für den Wirtschafts- und Politikunterricht in allgemeinbildenden und berufs begleitenden Schulen.

Das DIW Berlin

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung.

Wir glauben, dass viele aktuelle Probleme mit Hilfe der ökonomischen Forschung besser verstanden werden können. Meistens schreiben wir darüber so, dass uns nur Fachkollegen verstehen. Was von Ökonomen untersucht und der Politik vorgeschlagen wird, geht aber alle an - gerade auch Schüler, die in Zukunft besonders betroffen sind, wenn heute in der Wirtschaft etwas schief läuft.

Impressum

Herausgeber: DIW Berlin

Redaktion: Björn Frank

Dörte Höppner

Redaktionelle Mitarbeit:

Marcel Beyer

Layout und Satz: Hella Steinke

Königin-Luise-Str. 5

14195 Berlin

<http://www.diw.de/atschool>

<mailto:school@diw.de>

Inhalt

Was ist eigentlich...?

... Armut

2

Deutschland in Zahlen

Eckdaten der Prognose für Deutschland

5

Forschung in Kürze

Jugendarbeitslosigkeit

6

Die Kosten des Klimawandels: 200.000.000.000 Euro

8

An outside view on the German economy

India and Germany: Little differences make the whole

10

Indien und Deutschland: Der große Unterschied als Summe kleiner Teile

11

Schwerpunktthema mit Hintergrund

Entwicklungshilfe und Freihandel reduzieren Armut

13

Petition der Protektionisten

17

Forschung im Original

Die Sorgen der Bevölkerung über die Folgen der EU-Erweiterung

19

Was ist eigentlich ...?

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des DIW Berlin erklären die Ökonomie

... Armut

Von Björn Frank und Ingrid Tucci

Ingrid Tucci ist Soziologin und Doktorandin in der Abteilung Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel des DIW Berlin; außerdem arbeitet sie am LASMAS, einem sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut in Paris. Björn Frank ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Innovation, Industrie, Dienstleistung des DIW Berlin und Redakteur von DIW@school.

In vielen Ländern ist es ein wichtiges Ziel der Regierung, Armut zu verringern. Gelingt das? Oder nimmt die Armut sogar zu? Um diese Frage beantworten zu können, muss man Armut erst einmal messen, und das ist gar nicht so einfach. Stell dir vor, du könntest dir kein Handy leisten, kein Auto, keine Urlaubsreisen. Deine Wohnung

Die meisten Menschen würden dich heutzutage als arm bezeichnen.

Aber nun stellen wir uns vor, du lebstest unter genau denselben Umständen vor etwa 50 Jahren. Wie würdest du dich fühlen? Keiner würde nach deiner Handy-Nummer fragen. Keiner würde erwarten, dass du dich einem zweiwöchigen Portugal-Trip

problemlos anschließen könntest. Die wenigen Fernseher waren schaurige Schwarz-Weiß-Kisten, mit den meisten deiner Besucher zu Hause hättest du über Anheizprobleme bei Kohleöfen fachsimpeln können, und wer nach der Toilette fragte, hätte sich keineswegs über die Antwort „Eine Treppe runter und dann rechts“ gewundert.

Wärst du dann arm? Nein, denn du lebstest wie viele andere vor 50 Jahren auch. Du könntest ohne weiteres - wie es die Armutsforscher ausdrücken - „am sozialen Leben teilhaben“.

Will ein Ökonom also entscheiden, ob ein bestimmter Haushalt als arm ein-

zustufen ist, dann reichen ihm Informationen nur über diesen Haushalt nicht aus. Er muss auch berücksichtigen, wie es den anderen Haushalten in der jeweiligen Gesellschaft geht. Um die Ergebnisse der Forschergruppen aus verschiedenen Industrieländern vergleichen zu können, hat man sich



Karikatur: Burkhard Mohr

wird mit Kohle beheizt, und die Toilette auf dem Gang teilst du mit den Nachbarn. Das Gute ist immerhin: Für die Heizkohle und die Lebensmittel reicht das Geld. Dein alter Fernseher funktioniert noch, allerdings hast du keinen Kabelanschluss und daher nur fünf Programme.

auf ein einheitliches Verfahren geeinigt, das im Prinzip wie folgt funktioniert:

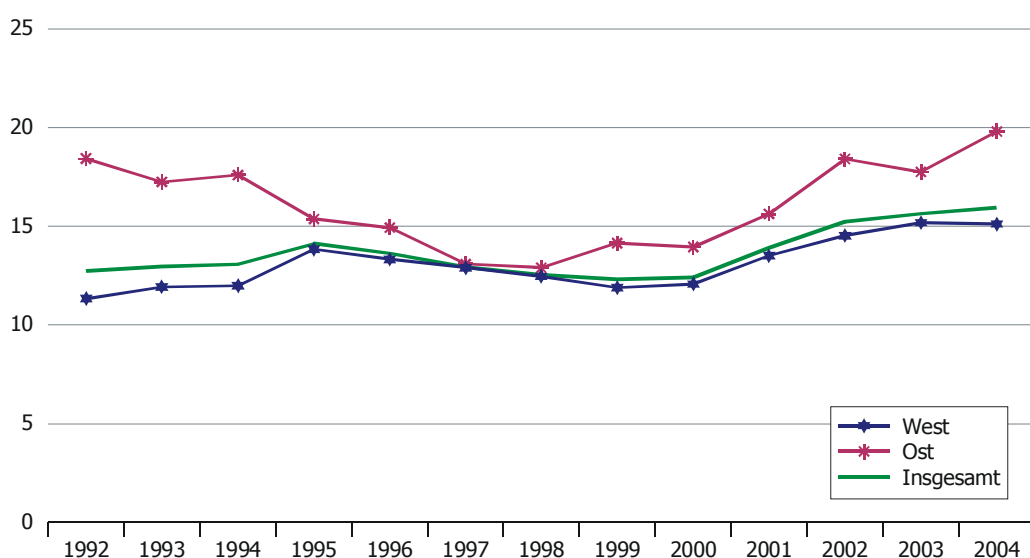
1. Zuerst werden unterschiedlich große Haushalte miteinander vergleichbar gemacht. Wer allein lebt kann sich mehr leisten als jemand, der mit demselben Einkommen noch drei Kinder zu versorgen hat. Ein Alleinstehender, der 1000 Euro im Monat zur Verfügung hat, gilt beispielsweise als genauso gut gestellt wie Eltern, die beide zusammen 2400 Euro verdienen und drei Kinder haben.
2. Dann wird unter all diesen Haushalten der „Medianhaushalt“ ermittelt. Das ist der Haushalt, für den gilt, dass 50 % der Haushalte materiell besser gestellt sind und 50 % schlechter. Der Median wird deswegen genommen, weil er von Messfehlern meist nicht beeinträchtigt wird. Gerade bei Angaben über das Einkommen liegen in der Regel bei kleinen wie bei sehr großen Einkommen jede Menge Messfehler vor. Diese Fehler beeinflussen

zwar das uns allen aus der Schule vertraute arithmetische Mittel, nicht aber den Median.

3. Nachdem der Medianhaushalt ermittelt wurde, wird anhand des Median-Einkommens die Armutsgrenze berechnet. Diese entspricht 60 % von dem, was die Mitglieder des Medianhaushaltes zur Verfügung haben. Wer weniger hat, gilt als arm. Man nimmt 60 % und nicht die Hälfte als Armutsgrenze, weil der Median in der Regel deutlich niedriger liegt als das durchschnittliche Einkommen. Würde man 50 % des Medians nehmen, wären die Armutsquoten unplausibel klein.

4. Die Armutsquote schließlich ist der Anteil der Personen, die in einem Land in Armut leben. Die folgende Abbildung zeigt die Entwicklung der Armutsquote in Deutschland von 1992 bis 2004. Die Zahl der in Einkommensarmut lebenden Menschen ist seit dem Jahr 2000 kontinuierlich gestiegen.

Armutsquote¹ in Deutschland, 1992 bis 2004



¹ Erläuterung siehe Text.

Quelle: DIW Berlin 2005.

Lesehilfe: Im Jahr 2004 lebten mehr als 15 % der Bevölkerung in Deutschland in armen Verhältnissen.

Einzelne Gruppen in der Bevölkerung weisen ein viel höheres Armutsrisiko auf als der Durchschnitt. Während im Jahre 2004 gut 15 % der gesamten Bevölkerung in Deutschland als einkommensarm galten, waren es bei den Migranten bei 23 %. Und trotz Maßnahmen wie der Zahlung von Kindergeld

sind Haushalte mit kleinen Kindern besonders stark von Armut betroffen; die Armutsquote für Alleinerziehende betrug zuletzt sogar 40 %. Eine wesentliche Ursache für den jüngsten Anstieg der Armut in Ostdeutschland ist die Entwicklung der Arbeitslosigkeit.

Buchtipp:

Die imaginierte Zeitreise 50 Jahre zurück wurde angeregt durch Paul Krugman, einen der bekanntesten Ökonomen unserer Zeit, in seinem Buch „Schmalspur-Ökonomie. Die 27 populärsten Irrtümer über Wirtschaft“, Campus-Verlag 2000, S.229 f.

Internettipps:

Ein Kapitel des jährlichen „Datenreports“ des Statistischen Bundesamtes befasst sich mit der Einkommensverteilung und insbesondere mit der Armut. Es beruht auf Daten und Arbeiten des DIW Berlin und kann kostenlos heruntergeladen werden unter: http://www.destatis.de/download/d/datenreport/2_18gesch.pdf. Unter anderem werden darin Armutsquoten für zahlreiche Bevölkerungsgruppen ausgewiesen.

Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung kann ebenfalls kostenlos heruntergeladen werden unter: <http://www.bmgs.bund.de/download/broschueren/A332.pdf>

Unser Artikel behandelt die Messung der Armut von Haushalten in entwickelten Ländern. Eine andere Frage ist, wie arm ganze Länder sind. Ein wichtiger Indikator hierfür ist der „Human Development Index“: <http://hdr.undp.org/statistics/indices/>

Fragen zur Vertiefung

- ✓ Wie hoch ist die Armutsquote in einer Gesellschaft, in der die Einkommen praktisch gleich verteilt sind? Wie hoch könnte die Armutsquote höchstens sein? Begründe dies!
- ✓ Das Haushaltseinkommen ist nur eine Dimension der Armut. Überlege, welche Dimensionen daneben noch von Bedeutung sind und wie diese verschiedenen Dimensionen die Lebenschancen des Einzelnen beeinflussen.
- ✓ Bestimmte Gruppen sind besonders stark von Armut betroffen. Um welche Gruppen handelt es sich? Diskutiere, welche Faktoren dazu führen, dass insbesondere diese Gruppen anfällig für Armut sind und welche Möglichkeiten die Regierung hat, um sie davor zu schützen.

Deutschland in Zahlen

📌 Aktuelle Tabellen aus Publikationen des DIW Berlin

Eckdaten der Konjunkturprognose für Deutschland

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,2	0,2	0,0	1,6	0,9	1,5
Erwerbstätige ² (1000 Personen)	39 315	39 092	38 720	38 861	39 084	39 404
Arbeitslose (1000 Personen)	3 853	4 060	4 377	4 381	4 787	4 451
Arbeitslosenquote ³ (in %)	8,9	9,4	10,2	10,1	10,9	10,1
Erwerbslose ⁴ (1000 Personen)	2 923	3 224	3 686	3 931	4 039	3 701
Erwerbslosenquote ⁵ (in %)	6,9	7,6	8,7	9,2	9,4	8,6
Verbraucherpreise ⁶ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	2,0	1,4	1,0	1,7	1,6	1,4
Lohnstückkosten ⁷ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,8	0,7	0,5	-0,9	0,0	0,0
Finanzierungssaldo des Staates ⁹ in Mrd. Euro	-58,6	-77,4	-81,4	-80,0	-78,0	-74,8
in % des Bruttoinlandsprodukts	-2,8	-3,6	-3,8	-3,6	-3,5	-3,2

1 Preisbereinigt (Kettenindex 2000=100).

2 Im Inland (Jahresdurchschnitt aus den Quartalsdaten).

3 Arbeitslose bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen.

4 Entsprechend der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

5 Erwerbslose bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen.

6 Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität; (Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, Kettenindex 2000=100) je Erwerbstätigen).

8 In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

9 In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG95); Finanzierungssaldo; 2000 einschließlich Sondereinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen (52,3 Mrd. Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin; 2005 bis 2006: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin



Karikatur: Klaus Stüttmann

Forschung in Kürze

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des DIW Berlin nehmen Stellung zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen

Jugendarbeitslosigkeit

Von Karl Brenke

Der Autor ist wissenschaftlicher Referent des Präsidenten des DIW Berlin.

Die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen, also Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren, stellt für alle großen Industrieländer ein besonderes Problem dar: Überall ist ihre Arbeitslosenquote höher als die von älteren Personen - und zwar meist doppelt bis dreimal so hoch. Sogar Länder mit einer vergleichsweise geringen gesamten Arbeitslosenquote wie Großbritannien haben eine Jugendarbeitslosigkeit von über 10 %. Besonders dramatisch ist es in den Ländern, in denen unter den Älteren die Arbeitslosigkeit schon hoch ist - sie kommen bei den Jugendlichen auf erschreckend hohe Arbeitslosenquoten: In Frankreich, Spanien oder der Türkei betrug sie 2004 mehr als 20 %; in Polen waren es sogar 40 %!

Woran liegt das? Das grundlegende Problem besteht darin, dass zu wenig zusätzliche Arbeitsplätze entstehen und die Jugendlichen es deshalb schwer haben, einen Job – und vor allem eine feste Beschäftigung – zu finden. Erschwerend kommt hinzu, dass manche Jugendliche nicht hinreichend qualifiziert sind.

Deutschland galt bisher als die löbliche Ausnahme von der genannten Regel, denn hier war nach den bisher verfügbaren

Statistiken die Jugendarbeitslosigkeit nicht höher als die gesamte Arbeitslosigkeit. Dieses Bild muss nach aktuellen Erkenntnissen des Statistischen Bundesamtes nun gründlich revidiert werden. Neue Umfragen zeigen, dass bei uns ebenfalls die Jugendarbeitslosigkeit etwa doppelt so groß ist wie die unter den übrigen Altersgruppen. Dass das Ausmaß der Unterbeschäftigung der Jugendlichen bisher unterschätzt wurde, dürfte unter anderem daran liegen, dass sie sich gar nicht bei den Arbeitsagenturen registriert haben, weil sie keinen Anspruch auf finanzielle Unterstützung haben und sich dort keine Vermittlung erhoffen.



Karikatur: Freimut Woessner

Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland hat zwei Facetten. Zum einen haben jugendliche Arbeitslose viel häufiger als die übrigen Arbeitslosen keine abgeschlossene Berufsausbildung. Grund: In den vergangenen Jahren haben viele Jugendliche keine Lehrstelle gefunden. Auch wenn sich in den meisten Fällen die Schulabgänger um einen Ausbildungsplatz gekümmert haben, werden sich manche vielleicht nicht genug Mühe gegeben haben. Nicht wenige werden es vergeblich versucht und schließlich aufgegeben haben – und dazu zählen wohl vor allem diejenigen, die wegen eher schlechter schulischer Leistungen nur geringe Chancen hatten. Aber nicht nur der Mangel an Lehrstellen ist in Deutschland ein Problem, sondern auch die Tatsache, dass es viele Jugendliche, die die betriebliche Ausbildung abgeschlossen haben, nicht schaffen, danach einen entsprechenden Arbeitsplatz zu finden. Der Mangel an Lehrstellen hat einen Stellenwert in der öffentlichen Diskussion – der oft fehlende Übergang von der Ausbildung in einen Beruf aber nicht.

Natürlich ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit der Ausdruck einer schwachen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Betriebe, die nicht erwarten, dass ihre Beschäftigtenzahl wächst, oder Betriebe, die mit sinkenden Personalständen rechnen, werden wohl nicht in die Berufsausbildung der nachwachsenden Generation investieren. Das

ist leider eine Sichtweise, die zu sehr an kurzfristigen, betriebswirtschaftlichen Erfordernissen der Ausbildungsbetriebe ausgerichtet ist. Eine langfristige Perspektive für das ganze Land ist das dagegen nicht. Denn langfristig muss sich die Bundesrepublik – wie viele andere entwickelte Länder auch – darauf einstellen, dass die nachwachsende Generation immer kleiner wird, und deshalb den Betrieben alsbald ein Fachkräftemangel droht, wenn sie nicht vermehrt ausbilden.

Zudem darf auch nicht verkannt werden, dass bisher in Deutschland nur wenige Jugendliche studieren. So hatten 2002 nur 13 % der 25- bis 34-Jährigen ein Studium absolviert - immerhin mit steigender Tendenz. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland damit trotzdem weit unter dem Durchschnitt – in den gesamten OECD-Ländern sind es 19 %. Zu erwarten ist, dass sich Deutschland dem Durchschnitt weiter annähert. Weil aber gleichzeitig die Zahl der Jugendlichen sinkt, droht uns eine immer größer werdende Lücke bei den künftigen Facharbeitern und Facharbeiterinnen, was in diesem Land noch viel zu sehr ausgeblendet wird – nicht zuletzt von Teilen der Unternehmer. Oder anders ausgedrückt: Wenn in diesem Land genau so viel Augenmerk auf die Ausbildung der nachwachsenden Generation gerichtet werden würde wie auf die Rentenansprüche der Ruheständler, wäre schon viel gewonnen.

Die Kosten des Klimawandels: 200.000.000.000.000 Euro

Von Claudia Kemfert

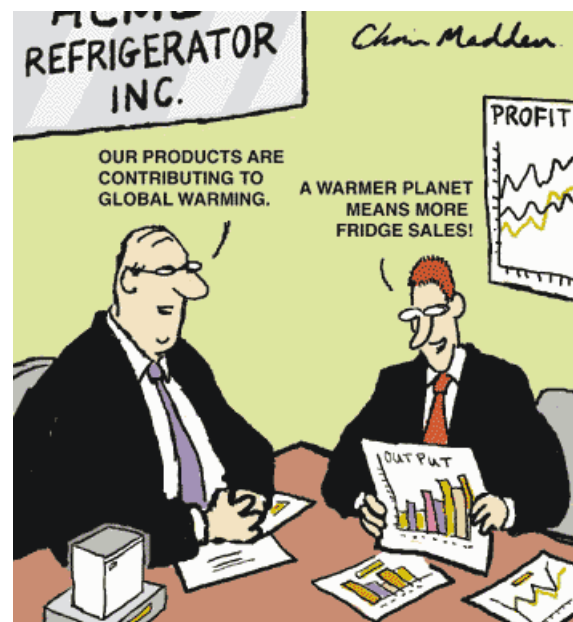
Der Autorin leitet die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin und ist Professorin an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Der Klimawandel ist unaufhaltsam. Unvermindert gelangen immer mehr Treibhausgase, allen voran Kohlendioxidemissionen (CO₂) in die Atmosphäre. Die CO₂-Emissionen entstehen in erster Linie durch die Verbrennung von fossiler Energie: Kohle, Öl und Gas. Verantwortlich für den Klimawandel sind also die Energieversorgung, d.h. die Stromerzeugung durch Kohle- und Gaskraftwerke sowie der Verkehr. Besonders der Autoverkehr hat gravierende Folgen für die Umwelt.

Klimawandel bedeutet, dass durch den vermehrten Anstieg der Treibhausgase die globale Oberflächentemperatur erhöht wird. Das führt zu einem Abschmelzen der Gletscher, aber auch zu vermehrten Regenfällen überall auf der Welt. In der Folge steigt der Meeresspiegel. Die Anzahl und die Stärke extremer Wetterereignisse nimmt zu, wie Stürme, Dürren, Kältewellen und Überflutungen. Auch in Deutschland wird es in Zukunft vermehrt zu solchen Naturkatastrophen kommen. Einen Vorgeschmack haben wir schon bekommen: Im Sommer 2002 gab es eine Flutkatastrophe, ein Jahr später eine Hitzewelle in Deutschland. Tornados werden in Zukunft nicht nur häufiger und viel stärker auftreten, sondern sie werden auch dort wüten, wo es bislang undenkbar war, wie beispielsweise in Deutschland.

Diese extremen Klimaphänomene verursachen Kosten in dem Land, in dem sie auftreten. So entstehen bei einer Überflutung Immobilienschäden, Straßen werden zerstört (Infrastrukturschäden) und es kommt zu Gesundheitsschäden in der Bevölkerung. Bei einer Hitzewelle im Sommer treten vermehrt Krankheiten auf, deren Kosten das

Gesundheitssystem tragen muss. Ernteausfälle, Waldbrände, Wasserknappheiten sind schwerwiegende Schäden, deren Wirkung noch lange anhält. Die Energieversorgung kann zusammenbrechen, wenn es zu wenig Kühlwasser gibt und Anlagen stillgelegt werden müssen. All diese Folgen des



In der Kühlschrankfabrik: „Unsere Produkte tragen zur globalen Erwärmung bei.“ „Ein wärmerer Planet bedeutet mehr Kühlschrankverkäufe!“

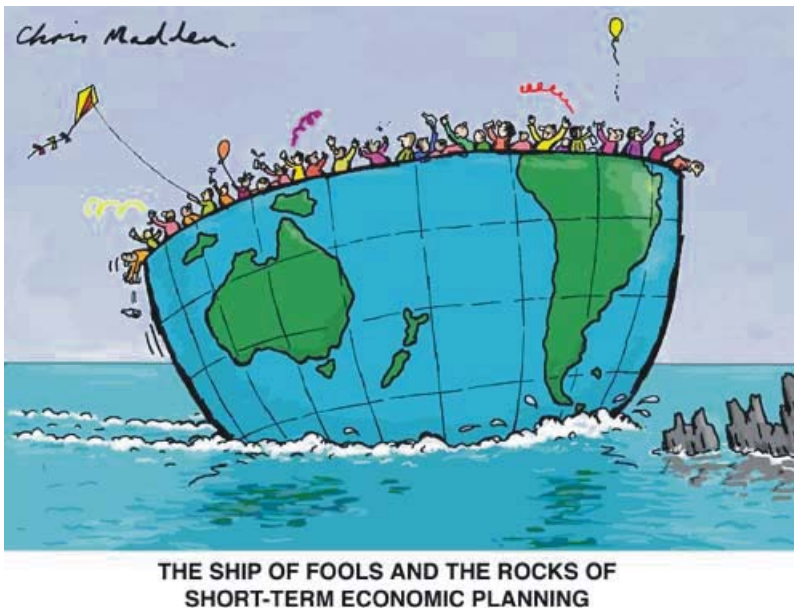
Karikatur: Chris Madden

Klimawandels verursachen volkswirtschaftliche Kosten: Der Staat, Versicherungen und die Bürger müssen die Schäden bezahlen und für den Wiederaufbau, für die Neubepflanzungen und die Gesundung aufkommen. Die Oderflut im Sommer 2002 hat nach Schätzungen der Versicherungswirtschaft allein 9 Mrd. Euro gekostet, die geschätzten Schäden der Hitzewelle in Europa vom Som-

mer 2003 betragen 20 Mrd. Euro. Diese Kosten enthalten noch keine direkt über Versicherungen getragenen Kosten wie Gesundheitskosten oder Kosten durch Todesfälle. Die gesamten möglichen Kosten des globalen Klimawandels schätzt das DIW Berlin mit Hilfe eines umfassenden Simulations-

modells. Danach können in den kommenden 50 Jahren Kosten in Höhe von bis zu 200 Billionen Euro durch den Klimawandel entstehen. Entwicklungsländer sind aufgrund ihrer Armut nicht in der Lage, sich gegen den Klimawandel wirkungsvoll zu schützen und Anpassungen vorzunehmen.

In reichen Industriestaaten ist es hingegen möglich, etwas gegen den Klimawandel zu tun: Die Treibhausgasemissionen müssen gesenkt werden, und Schutzmaßnahmen gegen den Klimawandel müssen ergriffen werden, indem beispielsweise Dämme gebaut werden. Es ist wichtig, dass frühzeitig, möglichst sofort, mit Klimaschutz begonnen wird und die Treibhausgase aktiv reduziert werden. Nur so kann verhindert werden, dass Klimakatastrophen für uns und unsere Kinder zum Alltag gehören werden – mit allen Kosten für uns und die Natur.



„Das Narrenschiff und die Felsen der ökonomischen Kurzsichtigkeit“

Karikatur: Chris Madden

An outside view on the German economy

↳ Ausländische Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler im DIW Berlin schreiben über Deutschland (englischer Text mit deutscher Übersetzung)

India and Germany: Little Differences make the whole

By Sushmita Swaminathan

Die Autorin studierte Wirtschaftswissenschaften in Indien und bis 2003 in Berlin. Mitarbeit an verschiedenen Forschungsprojekten, u.a. an der Weltbank und am DIW Berlin, wo sie derzeit promoviert.

When I first came to Germany I was very intrigued because things were somewhat different to what I was used to back in India. One of the first things that struck me greatly was the lack of people able to speak English. This made things harder but contributed tremendously towards my learning German! Though highly beneficial for those wanting to learn German, from an economic perspective it makes the German worker less marketable for international jobs. Germany then becomes a less attractive location for foreigners to work in. The country then seems to be effectively left out of the international labor market. When I compare this situation to India, almost every Indian can converse in some form of English or the other. This makes India's labor market highly mobile especially at a time when the world is looking for cheap, qualified labor.

Another spectacular thing about the German system is the punctuality of the public transport system. If the arrival time of the train or bus is 11:53 then you can bet it will arrive on the dot! In India, you just wait till the mode of public transport appears and count yourself lucky when it does! Punctuality or timeliness contributes tremendously towards reducing transaction costs. Effective transport systems allow for communication, good infrastructure, travel purposes and good network facilities. Many places in India are so remote that transport hardly reaches them and if it does,

perhaps once a week. This affects the overall development of a country as there are significant differences among regions.

A very obvious difference between the two countries is the climate. Interestingly enough, people tend to be more productive in winter time than in the summer. This is very true in India when the temperatures become very high, people resort to afternoon siestas and cool drinks instead of working. Does climate really affect productivity? Well, most countries that are in the southern hemisphere have ways of life that are more leisure oriented and tend to form a part of the developing world. So perhaps climate does affect economic development.

Finally, another aspect that I found to be markedly different from India refers to the opening hours of stores. The idea and need for survival is much higher in a country like India whose GDP is roughly \$806 billion for a population of over a billion people while Germany's GDP is \$2,362 billion for about 83 million people. As a result one finds stores open all day, everyday! There is always something open unlike here where stores are opened up to a certain time and until recently closed at 14:00 on Saturday. The interesting thing is that as a result of deregulation, stores are now obliged to be open till a later time, but consumer spending has not exploded as a result. This could be explained by the fact that those who require such services tend

to be students, foreigners or tourists. The Germans are used to their way of life. Hence competition by extending shop opening hours is very limited whereas in India, competition, due to necessity, is the name of the game. Consumers constantly benefit from such practices. Perhaps increased opening hours over a period of time might make

people more used to the idea and they may change their spending patterns. However with the current economic scenario this seems rather unlikely. These snippets make one simple yet important point: Economic differences come from natural endowment, infrastructure, human capital and the institutions in place.

Indien und Deutschland: Der große Unterschied als Summe kleiner Teile

Von Sushmita Swaminathan

Als ich nach Deutschland kam, war ich anfangs sehr fasziniert, da vieles ziemlich anders war als ich es von Indien gewohnt war. Zu den ersten Dingen, die mir stark auffielen, zählte der Mangel an Menschen, die Englisch sprechen können. Für mich war dadurch vieles schwieriger, aber es trug erheblich dazu bei, dass ich rasch die deutsche Sprache lernte! Obwohl höchst vorteilhaft für diejenigen, die Deutsch lernen wollen, ist der Mangel an englischsprachigen Personen aus Sicht der Wirtschaft nachteilig, da hierdurch deutsche Arbeitskräfte für internationale Jobs nicht wettbewerbsfähig genug sind. Deutschland entwickelt sich folglich zu einem Standort, der für ausländische Arbeitskräfte wenig attraktiv ist. Das Land wird gewissermaßen aus dem internationalen Arbeitsmarkt ausgeklammert. Im Vergleich zu Indien ist festzustellen, dass nahezu jeder Inder sich mehr oder minder in Englisch verständigen kann. Der indische Arbeitsmarkt ist deshalb hoch mobil, insbesondere zu einer Zeit, in der die Welt billige, qualifizierte Arbeitskräfte sucht.

Die Pünktlichkeit des öffentlichen Transportwesens ist ein anderes eindrucksvolles Merkmal des deutschen Systems. Wenn die Ankunft eines Zuges oder Busses für 11:53 Uhr vorgesehen ist, kann man darauf wetten, dass er auf die Minute genau ein-

trifft! In Indien wartet man einfach darauf, dass ein öffentliches Beförderungsmittel kommt, und man schätzt sich glücklich, wenn tatsächlich ein Zug oder Bus auftaucht. Pünktlichkeit bzw. die Einhaltung von Zeitplänen tragen enorm zur Reduzierung der Kosten für die Abwicklung von Geschäften bei. Leistungsfähige Transportsysteme gewährleisten Kommunikation, eine gute Infrastruktur, Reisemöglichkeiten und gute Netzwerkbedingungen. In Indien gibt es viele Ortschaften, die derart abgelegen sind, dass Transportmittel sie nur schwer erreichen, und falls doch, vielleicht nur einmal pro Woche. Dies beeinflusst die allgemeine Entwicklung eines Landes, da es erhebliche Unterschiede zwischen den Regionen gibt.

Ein ziemlich offensichtlicher Unterschied zwischen Deutschland und Indien ist das Klima. Interessanterweise scheinen Menschen im Winter produktiver zu sein als im Sommer. Auf Indien trifft dies besonders zu. Wenn die Temperaturen mittags ansteigen, ziehen sich die Menschen zur Mittagsruhe zurück und erfrischen sich mit kühlen Getränken anstatt zu arbeiten. Beeinflusst das Klima wirklich die Produktivität? Die meisten Länder der südlichen Hemisphäre haben einen Lebensstil entwickelt, der sich eher am Müßiggang orientiert; gleichzeitig zählen sie zu den Entwicklungsländern. So

mit beeinflusst das Klima vielleicht tatsächlich die wirtschaftliche Entwicklung.

Ein anderer markanter Unterschied zu Indien schließlich bezieht sich auf die Öffnungszeiten der Ladengeschäfte. Das Bewusstsein und die Notwendigkeit des Überlebens ist in Ländern wie Indien viel stärker ausgeprägt als hier. In Indien beträgt das Bruttoinlandsprodukt rund 806 Milliarden US-Dollar bei einer Bevölkerung von über einer Milliarde Menschen, während Deutschlands Bruttoinlandsprodukt bei 2.362 Milliarden US-Dollar für etwa 83 Millionen Menschen liegt. Folglich sind in Indien die Läden den ganzen Tag über geöffnet, und das jeden Tag! Anders als hier, wo die Geschäfte zu bestimmten Zeiten schließen und bis vor kurzem sonnabends um 14:00 Uhr schlossen, sind in Indien immer einige Läden geöffnet. Als Folge der Deregulierung ist der Einzelhandel in Deutschland nun genötigt, die Öffnungszeiten auszuweiten; interessanterweise haben sich aber die Konsumausgaben dadurch nicht erhöht. Ein Grund hierfür könnte sein, dass diejenigen, die die län-

geren Öffnungszeiten in Anspruch nehmen, hauptsächlich Studenten, Ausländer und Touristen sind. Die Deutschen haben sich an ihren Lebensstil gewöhnt. Daher ist der Wettbewerb durch verlängerte Öffnungszeiten nicht sehr ausgeprägt, wohingegen aufgrund der Notwendigkeit in Indien das Spiel vom Wettbewerb beherrscht wird. Die Konsumenten profitieren beständig davon. Vielleicht gewöhnen sich ja die Leute nach einer längeren Periode verlängerter Öffnungszeiten an die Idee und verändern dann ihre Verhaltensmuster bei der Tätigkeit von Ausgaben für Konsumartikel. Allerdings erscheint das angesichts des derzeitigen wirtschaftlichen Szenarios ziemlich unwahrscheinlich.

Diese Streiflichter weisen auf eine einfache, aber dennoch wichtige Tatsache hin: Ursachen für wirtschaftliche Unterschiede liegen in der Beschaffenheit der natürlichen Umgebung, der Infrastruktur, dem Humankapital und den Institutionen am Ort.

Übersetzung: Angelika Dierkes

Schwerpunktthema mit Hintergrund

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des DIW Berlin zu einem aktuellen Thema und ergänzendes Material zum besseren Verständnis

Entwicklungshilfe und Freihandel reduzieren Armut

Von Tilman Brück und Kevin Watkins

Tilman Brück ist Leiter der Abteilung Weltwirtschaft des DIW Berlin. Kevin Watkins ist der Direktor des Büros für den Bericht über die menschliche Entwicklung der Vereinten Nationen in New York.

Die regelmäßige Katastrophe: „Armut-Tsunamis“

Innerhalb der nächsten Stunde werden 1.200 Kinder sterben. Einige an Malaria, einige an Lungenentzündung, einige an Tetanus und wieder andere an weiteren Krankheiten. Fast all diese Todesfälle können auf extreme Armut zurückgeführt werden. Es ist dieselbe Ursache, die dazu führt, dass heute 115 Millionen Kinder weltweit keine Schule besuchen. Über eine Milliarde Menschen müssen von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben - ein Existenzniveau, das so erbärmlich ist, dass es eine Gefahr für das Überleben darstellt.

Der Umfang der weltweiten extremen Armut sowie seine wahren Ursachen werden in reichen Ländern wie Deutschland nur unzureichend wahrgenommen. Ende letzten Jahres brachte das Fernsehen Bilder einer der schlimmsten humanitären Katastrophen, die die Welt je gesehen hat, in die Wohnzimmer der Menschen in den reichen Ländern. Der Tsunami, der die Küsten des Indischen Ozeans im Dezember 2004 verwüstete, fügte den Menschen in allen betroffenen Regionen, aber auch vielen Familien in den nördlichen Ländern, unge-

heures Leid zu, wobei Deutschland besonders hart getroffen wurde. Er diente als Anlass für eine vorbildhafte humanitäre Reaktion als ein Ausdruck globaler Solidarität.

Kurz nachdem der Tsunami zugeschlagen hatte, setzte die größte internationale Hilfsaktion aller Zeiten ein und zeigte, was erreicht werden kann, wenn sich die internationale Gemeinschaft für ein großes gemeinsames Unterfangen stark macht. Deutschland nahm die Herausforderung an und machte innerhalb von ein paar Tagen eine Zusage von 40 Millionen US-Dollar als Soforthilfe.

Unterdessen entspricht die Zahl der Todesopfer bei Kindern in Afrika einem Ausmaß, als würde dort



Karikatur: Burkhard Mohr

einmal monatlich ein solcher Tsunami wüten. Im Gegensatz zum echten Tsunami ist der Armuts-Tsunami vorhersehbar. Die Welt lässt ihn jedoch geschehen, obwohl er vermeidbar ist.

Extreme Armut kann wirkungsvoll vermindert werden. Einerseits würde eine bessere Wirtschaftspolitik in den Entwicklungsländern - von wirtschaftlichen Reformen über eine Verpflichtung für armutsorientierte Staatsausgaben bis zu Strategien zur Bekämpfung der Korruption in diesen Ländern - die Schaffung von vorteilhaften Startbedingungen gerade in Afrika unterstützen. Einige der ärmsten Länder der Welt - zum Beispiel Vietnam und Bangladesch - haben im letzten Jahrzehnt gezeigt, dass es möglich ist, mit diesen Maßnahmen schrittweise Erfolge bei der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen zu erreichen.

Andererseits ist es jedoch völlig klar, dass gerade afrikanische Länder mit eigenen politischen und strukturellen Reformen nicht genug erreichen werden. Diese Staaten sind von höheren Zuwendungen der Geberländer abhängig.

Es ist im Interesse Deutschlands, die internationale Führung bei der Bekämpfung der extremen Armut mit zu übernehmen. Die Bekämpfung der Armut trägt dazu bei, gewaltsamen Auseinandersetzungen vorzubeugen, deren Auswirkung auch in Europa spürbar wären. Neben diesen sicherheitspolitischen Überlegungen besteht für Deutschland ein starkes wirtschaftliches Interesse, in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit eine politisch führende Rolle zu übernehmen. Mehr als in den meisten EU-Ländern hängt der Wohlstand in Deutschland vom internationalen Handel ab: Ein- und Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen stellen über die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts (BIP) dar. Die Entwicklungsländer gewinnen als Exportmärkte für deutsche Unternehmen zunehmend an Bedeutung. Also hat Deutschland ein klares Interesse an einem gut funktionierenden Welthandelssystem.

Die Entwicklungshilfe ist international weit von ihrem Ziel entfernt, 0,7 % der nationalen Wirtschaftskraft der Industriestaaten der internationalen Zusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Reiche Länder geben zur Zeit nur 0,25 % ihres BIP für die Entwicklungshilfe aus. Ende der siebziger Jahre gab Deutschland 0,44 % des BIP für Entwicklungshilfe aus und stand auf dem 7. Platz der weltweiten Geberlisten. Heute liegt die Quote bei 0,23 %, und Deutschland ist auf den 17. Platz abgesackt; nur 4 Plätze vom unteren Ende der Liste der Geberländer entfernt.

Betrachtet man statt der Menge der deutschen Entwicklungshilfe ihre Qualität, so ergibt sich ein positiveres Bild. Auf jeden Fall hat Deutschland eines der innovativsten Hilfsprogramme unter den größeren Geberländern, und in einigen wichtigen Bereichen übertrifft es die meisten anderen Geberländer. Zum Beispiel spielt Deutschland eine wichtige Rolle bei der Unterstützung von Sozialversicherungsprogrammen in der Dritten Welt. In Sambia wurden diese Programme als gezielte Entwicklungshilfe in den städtischen Armenvierteln gestartet; sie werden nun ausgeweitet und verbessert. In Indien, auf den Philippinen und in Kenia ist Deutschland maßgeblich an der Entwicklung von Krankenversicherungsplänen beteiligt, die den ärmsten Menschen am äußersten Rand der Gesellschaft elementare Dienstleistungen und Behandlungen anbieten. Dies sind alles innovative Interventionen, die das Leben der ärmsten Menschen entscheidend verbessern.

Ein hoher Anteil der weltweiten Entwicklungshilfe ist immer noch auf den Kauf überteuerter und unpassender Waren und Dienstleistungen in Geberländern gebunden. Die Hilfe fließt also nur, wenn die Entwicklungsländer im Gegenzug Produkte von den Geberländern abnehmen. Doch auch hier hat Deutschland im Gegensatz zu einigen seiner EU-Partner Fortschritte gemacht, indem es gebundene Hilfe in ungebundene Hilfe umgewandelt hat. Das ist wichtig, denn die höheren Kosten für Wa-

ren und Dienstleistungen in Verbindung mit der gebundenen Entwicklungshilfe stellen für die Entwicklungsländer Kosten in Höhe von 5-7 Milliarden Dollar pro Jahr dar. Gemäß dem Entwicklungshilfesausschuss (DAC) der OECD waren 2003 76 % der deutschen Entwicklungshilfe ungebunden, im Vergleich zu 43 % für den Zeitraum 1999 - 2001. Ziel sollte es sein, die Quote der ungebundenen Hilfe für Deutschland nochmals deutlich zu erhöhen, um so mehr Effizienz und Wirkung zu entfalten.

Wenn Deutschland eine weltweit führende Rolle in der Entwicklungshilfe übernehmen möchte, müsste es auf der bestehenden Grundlage aufbauen und gleichzeitig die Menge und die Qualität der deutschen Entwicklungshilfe verbessern. Ein Weg, Führungsqualitäten zu zeigen, bestünde für die Bundesregierung darin, das kürzlich verabschiedete EU-Ziel, bis 2010 im Durchschnitt 0,56 % ihres BIP für Entwicklungshilfe auszugeben, vorrangig umzusetzen. Ein positives Vorzeichen für einen derartigen Plan ist der stetige Anstieg der deutschen Entwicklungshilfe seit 1999, nachdem sie fast 20 Jahre nur gesunken ist.

Aktuelle Verhandlungen über den freien Welthandel

Die Zukunft der Entwicklungsländer hängt nicht nur von der Entwicklungshilfe ab, sondern auch davon, ob sie eine faire Chance bekommen, vom Welthandel zu profitieren. Hierüber wird seit einiger Zeit in der „Doha-Runde“ der Welthandelsorganisation (WTO) verhandelt. Im Dezember 2005 wird sich bei der Ministerkonferenz in Venedig entscheiden, ob die Doha-Runde als verpasste Gelegenheit für die Bekämpfung der Unterentwicklung in die Geschichte eingehen wird. Ein positiver Ausgang der Verhandlungen könnte Globalisierung und Armutsbekämpfung miteinander versöhnen.

Der wichtigste Bereich, zu dem Ergebnisse erzielt werden müssen, ist die Landwirtschaft. In der letzten Runde der Welthandelsgespräche - der

Uruguay-Runde - versprachen die nördlichen Regierungen, die Subventionen für ihre Landwirtschaft zu reduzieren. Stattdessen haben sie die Subventionen erhöht. Reiche Länder geben gegenwärtig knapp über 1 Milliarde Dollar Entwicklungshilfe *pro Jahr* für die Landwirtschaft in armen Ländern aus, und knapp unter 1 Milliarde Dollar *pro Tag* für die Subventionierung der eigenen Landwirtschaft. Die meisten Subventionen gehen an die reichsten Landwirte in der reichen Welt und an riesige Großunternehmen in der Agrarindustrie, anstatt an kleine Produzenten.

Die landwirtschaftlichen Subventionen in den reichen Ländern schaden auch den kleinen Produzenten und Landarbeitern in den armen Ländern. Während die Hilfsmodelle von Land zu Land und Bereich zu Bereich unterschiedlich sind, führen sie alle zu einer Steigerung der Produktion, Reduzierung der Importe und Herstellung hoher Überschüsse für den Export. Die Exporteure aus den Entwicklungsländern bekommen niedrigere Preise für ihre Produkte und werden aus den Märkten gedrängt.

Von Mexiko bis Ghana belasten subventionierte, in reichen Ländern hergestellte landwirtschaftliche Produkte die Märkte vor Ort, zerstören Existenzen und schaffen eine künstliche Abhängigkeit von diesen Importen. Zwei Handelsgüter, Baumwolle und Zucker, zeigen die Probleme exemplarisch auf. In Westafrika waren ca. 2 - 3 Millionen Haushalte, die Baumwolle produzierten, gezwungen, gegen den subventionierten Baumwolllexport aus den USA anzutreten, wodurch die Preise weltweit um 10 - 20 % gedrückt werden. In der Zuckerindustrie zahlt die EU den Produzenten den 4- bis 5-fachen Weltmarktpreis und wirft dann 4 Millionen Tonnen Überschuss auf die Weltmärkte. (Es stimmt zwar, dass die EU auch Zucker gemäß einem Vorzugs-handelsabkommen importiert. Zuckerproduzenten in Mosambik z.B. haben im Moment ein Importkontingent, das in etwa dem EU-Verbrauch für 2 Stunden entspricht.)

Effektive WTO-Regeln könnten viele dieser Probleme lösen. Durch ein landwirtschaftliches Abkommen könnten landwirtschaftliche Subventionen reduziert, direkte und indirekte Exportsubventionen verboten und die Zölle reicher Länder, mit denen sie die Einfuhren aus anderen Ländern belegen, reduziert werden. Bisher wurden in diesen wichtigen Fragen jedoch keine wirklichen Fortschritte erzielt. Gegenwärtig sehen sich die ärmsten Länder der Welt mit zum Teil sehr hohen Zöllen bis zu 200 % konfrontiert. Der durchschnittliche Zoll auf Güter, die zwischen reichen Staaten und Entwicklungsländern gehandelt werden, beträgt etwa viermal soviel wie der durchschnittliche Zoll auf Güter, die zwischen reichen Ländern gehandelt werden. Neben Zöllen gibt es weitere Hindernisse für die armen Länder. So bietet zwar die EU im Zuge der Initiative „Everything But Arms“ („Alles außer Waffen“) den ärmsten Ländern zollfreien Zugang, aber dafür müssen diese nachweisen, dass ein bestimmter Anteil ihrer Exportgüter lokal produziert wurde, was in der Praxis sehr schwierig ist.

Was kann von deutscher und europäischer Seite getan werden, um die Doha-Runde zu einer echten Entwicklungsrunde zu machen?

Im Falle der Landwirtschaft sollte ein Abkommen Folgendes beinhalten:

- ein Verbot aller direkten und indirekten Exportsubventionen bis zum Ende 2006
- bedeutende Kürzungen der landwirtschaftlichen Subventionen
- die Eliminierung aller EU-Zuckerexporte
- ein verbesserter Marktzugang für alle Entwicklungsländer
- allgemeine Zollessenkungen
- Bestimmungen, die es Entwicklungsländern ermöglichen, arme Landwirte zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit zu schützen.

In Anbetracht dieser vielen Handlungsoptionen für die Regierungen armer und reicher Staaten gleichermaßen besteht kein Grund zur Resignation im weltweiten Kampf gegen die extreme Armut. Gemeinsam kann die extreme Armut effektiv bekämpft werden.

Fragen zum Verständnis

- ✓ Was sind die Unterschiede zwischen dem Tsunami im Dezember 2004 und den „Armut-Tsunamis“ in Afrika?
- ✓ Warum ist eine wirksame Entwicklungshilfepolitik im Interesse der Geberländer?
- ✓ Wieso wirken sich die Subventionen der Geberländer für ihre Agrarwirtschaft so schädlich für die Entwicklungsländer aus?
- ✓ Wie kann Armut in Entwicklungsländern vermindert werden?

Petition der Protektionisten

Von Frédéric Bastiat

Frédéric Bastiat (1801-1850) verstand wie kein anderer zu seiner Zeit, witzig-polemisch über ökonomische Fragen und Vorurteile zu schreiben. Er engagierte sich auch direkt in der französischen Politik und war Mitbegründer des Französischen Freihandelsvereins (1846).

Petition der Fabrikanten von Kerzen, Lampen, Kerzenständern, Straßenlaternen, Lichtputzscheeren, Kerzenlöschern und von Talg-, Öl-, Harz-, Alkoholprodukten sowie allgemein von allem, was der Beleuchtung dient

An die Herren Abgeordneten der Deputiertenkammer

Meine Herren,

Sie sind auf dem rechten Wege. Sie lehnen abstrakte Theorien ab. Überfluss und niedrige Preise berühren Sie wenig. Sie kümmern sich vor allem um die Lage des Produzenten. Sie wollen ihn von auswärtiger Konkurrenz befreien, mit einem Wort, Sie wollen den nationalen Markt der nationalen Arbeit bewahren.

Wir unterliegen der unerträglichen Konkurrenz eines auswärtigen Rivalen, der - wie es aussieht - Licht unter Bedingungen produziert, die den unseren so überlegen sind, dass er unseren nationalen Markt damit zu einem unglaublich niedrigen Preis überschwemmt; denn, sofort wenn er sich zeigt hört unser Verkauf auf, alle Verbraucher wenden sich an ihn, und ein Zweig der französischen Industrie mit seinen unzählbaren Verästelungen steht mit einem Schlag völlig still. Dieser Rivale - die Sonne - liefert uns einen so hartnäckigen Kampf, dass wir den Verdacht haben, dass er von dem perfiden England (schöne Diplomatie heutzutage) gegen uns gehetzt wurde, umso mehr als er bei dieser hochmütigen Insel Rücksichten nimmt, deren er sich bei uns enthält.

Wir fordern, Sie mögen ein Gesetz erlassen, das das Schließen aller Fenster, Bodenluken, Dachfenster, Fensterläden, Läden, Vorhänge, Schiebefenster, Bullaugen, Markisen vorschreibt - mit einem

Wort, aller Öffnungen, Löcher, Spalten und Ritzen, durch die das Licht der Sonne üblicherweise in die Häuser dringt, zum Nachteil der schönen Industrien, mit denen wir uns schmeicheln, das Land beschenkt zu haben, das doch undankbar wäre, wenn es uns heute in einem so ungleichen Kampf im Stich lassen wollte.

Meine Herren Abgeordneten, betrachten Sie unseren Antrag nicht als Satire und weisen Sie ihn zumindest nicht zurück, ohne die Gründe anzuhören, die wir zur Unterstützung geltend machen können.

Zunächst, wenn Sie soweit möglich dem natürlichen Licht allen Zugang verschließen, wenn Sie so Bedarf an künstlichem Licht erzeugen, welche Industrie Frankreichs würde nicht nach und nach dadurch gefördert werden?

Wenn mehr Talg verbraucht wird, braucht man mehr Rinder und Schafe, und in Folge wird man künstliche Weiden, Fleisch, Wolle und vor allem Getreide, diese Basis alles landwirtschaftlichen Reichtums, sich vermehren sehen.

Wenn mehr Öl verbraucht wird, sieht man sich Anbau von Mohn, Oliven, Raps ausbreiten. Diese reichhaltigen und anspruchsvollen Pflanzen werden mit der Zeit die Fruchtbarkeit des Bodens, die die Aufzucht von Tieren mit sich bringt, nutzbar machen.

Unsere Ländereien werden sich mit harzigen Bäumen bedecken. Zahlreiche Bienenschwärme wer-

den auf unseren Bergen wohlriechende Schätze sammeln, die heute nutzlos verfliegen, wie die Blumen, denen sie entströmen. Es gibt daher keinen Zweig der Landwirtschaft, der nicht eine große Entwicklung nähme.

Ebenso mit der Seefahrt: Tausende von Schiffen werden auf Walfang gehen und in kurzer Zeit haben wir eine Marine, fähig, die Ehre Frankreichs zu erheben und der patriotischen Empfindung der unterzeichnenden Antragsteller, Verkäufer von Kerzen, etc. zu entsprechen.

Aber was sagen wir zum Thema Paris? Stellen Sie sich dort vor, wie alsbald Vergoldungen, Bronzen, Kristalle bei Kerzenständern, Lampen, Kronleuchtern und Standleuchten in geräumigen Läden glänzen, neben denen die heutigen nur Boutiquen sind. Es gibt niemanden, bis zum armen Harzzapfer, oben auf seiner Düne, oder bis zum armseligen Bergarbeiter, tief in seinem schwarzen Stollen, der nicht sein Gehalt und seinen Wohlstand ansteigen sieht. Denken Sie darüber nach, meine Herren, und sie werden sich überzeugen: Es gibt vielleicht keinen Franzosen, von dem reichen Aktionär bis zum armseligsten Streichholzverkäufer, dessen Lage sich mit dem Erfolg unserer Forderung nicht verbessern würde.

Wir sehen Ihre Einwände vorher, meine Herren. Wollen Sie sagen, dass wir zwar an dieser Protektion gewinnen, aber Frankreich nicht, weil der Verbraucher die Last zu tragen hat?

Wir werden Ihnen antworten: Sie haben kein Recht mehr, die Interessen des Verbrauchers anzuführen. Wenn er mit dem Produzenten gerungen hat, haben Sie ihn immer geopfert. - Sie haben es getan, um die Beschäftigung zu fördern, um den Bereich der Beschäftigung zu erweitern. Aus demselben Motiv müssen Sie es wieder tun.

Sie sind selbst dem Einwand zugekommen. Als man Ihnen sagte: der Verbraucher ist interessiert an der freien Einfuhr von Eisen, Öl, Sesam, Weizen, Stoffen, da sagten Sie: Ja, aber der Produzent ist interessiert an der Aussperrung. - Also gut,

wenn die Verbraucher an der Zulassung von natürlichem Licht interessiert sind, so die Produzenten an seinem Verbot.

Außerdem, sagten Sie uns, der Produzent und der Verbraucher sind ein und dasselbe. Wenn der Fabrikant aus der Protektion Nutzen zieht, wird er den Landwirt Gewinn machen lassen. Wenn die Landwirtschaft floriert, wird sie den Fabriken Absatzmärkte liefern. - Also gut. Wenn Sie uns das Monopol der Tagesbeleuchtung zugestehen, werden wir zunächst viel Talg, Kohle, Öl, Harze, Wachs, Alkohol, Silber, Eisen, Bronze, Kristall kaufen, um unsere Industrie zu unterhalten, und außerdem werden wir und unsere zahlreichen Zulieferer - reich geworden - viel konsumieren und den Aufschwung über alle Zweige der nationalen Arbeit verbreiten. Sagen Sie nun: Das Licht der Sonne ist ein Gratisgut und Gratisgüter zurückweisen heißt, den Reichtum selbst zurückweisen zu Gunsten der Mittel, ihn zu erwerben?

Aber sehen Sie doch, dass Sie Ihrer Politik den Todesstoß geben. Sehen Sie, dass Sie bisher immer das ausländische Produkt ausgesperrt haben, weil es sich dem Gratisgut nähert, und umso mehr, je mehr es sich dem Gratisgut nähert. Aber wenn die Halb-Kostenlosigkeit Sie bestimmt, die Konkurrenz zurückzuweisen, wie kann die vollständige Kostenlosigkeit Sie dazu bringen, die Konkurrenz zuzulassen?

Die Frage ist, ob Sie für Frankreich die Wohltat des kostenlosen Verbrauches oder die angeblichen Vorteile der mühsamen Produktion wollen. Wählen Sie, aber seien Sie konsequent; denn, solange Sie wie jetzt Öl, Eisen, Weizen, ausländisches Tuch, zurückweisen, in soweit ihr Preis sich Null annähert; welche Inkonsequenz wäre es doch, das Licht der Sonne zuzulassen, dessen Preis den ganzen Tag über Null ist.

Quelle: Der Staat - die große Fiktion. Ein Claude-Frédéric Bastiat-Brevier. Ott-Verlag 2001 (von der Redaktion gekürzt). Abdruck mit freundlicher Genehmigung.

Internet: www.bastiat.de

Forschung im Original

Originalbeitrag aus den Wochenberichten des DIW Berlin mit zusätzlichen Erläuterungen

Die Sorgen der Bevölkerung über die Folgen der EU-Erweiterung

Von Martin Kroh

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel des DIW Berlin. Dieser Text erschien zuerst im DIW Wochenbericht 11/2005, er wurde für DIW@school leicht gekürzt, aber sonst nicht verändert.

1. Erweiterungen der EU von 1973 bis 2007

Die Zahl der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union hat sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich erhöht: Zu den sechs Gründungsmitgliedern von 1951 (Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande) kamen 1973 Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich hinzu; danach folgten Griechenland (1981) sowie Portugal und Spanien (1986). 1995 wurde die Europäische Union um Finnland, Österreich und Schweden erweitert. Alle Erweiterungswellen wurden durch Diskussionen über die positiven wie auch negativen Folgen für die jeweiligen Mitgliedsstaaten begleitet. Wichtige Themen waren neben den politischen Folgen (wie der Funktionsfähigkeit **europäischer Institutionen** in einem erweiterten Europa oder **fiskalische** Fragen der Erweiterung) soziale und wirtschaftliche Veränderungen für die bestehende Gemeinschaft. Die möglichen Folgen einer Erweiterung der EU wurden jedoch nie so kontrovers diskutiert wie im Fall der aktuellen Aufnahmephase von hauptsächlich mittel- und osteuropäischen Staaten.¹ In der öffentlichen Diskussion stehen insbesondere die erheblichen **ökonomischen Diskrepanzen** im Vordergrund: Nie zuvor war das Einkommensgefälle zwischen den alten und den neuen Mitgliedsländern so groß. Im ersten Schritt der bisher größten Erweiterungswelle traten der EU am 1. Mai 2004 zehn Länder bei: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. Im nächsten Schritt werden Bulgarien und Rumänien voraussichtlich am 1. Januar 2007 folgen.² Außerdem laufen bereits Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und Kroatien sowie der Türkei.

Europäische Institutionen sind Einrichtungen bzw. Organe der Europäischen Union (EU), die die EU-Politik gestalten (z.B. durch Gesetze). Eine von fünf solcher Einrichtungen ist das Europäische Parlament, welches ca. 450 Millionen Menschen vertritt. Auf Deutschland übertragen ist es mit dem Bundestag vergleichbar.

Wenn etwas die Kasse eines Staates (oder in diesem Falle die Kasse der Europäischen Union) betrifft, bezeichnet man dies als **fiskalisch**, hierzu zählen z.B. Steuern, Beiträge sowie Ausgaben. Eine fiskalische Veränderung wäre also z.B. eine Steuererhöhung.

Durch den Beitritt der neuen, meist ärmeren EU-Mitgliedsstaaten werden die wirtschaftlichen Unterschiede innerhalb der Europäischen Union (EU) immer größer. Wegen dieser **ökonomischen Diskrepanz** fordern beispielsweise deutsche Bauern einen Schutz vor der „Billigkonkurrenz“ aus dem Ausland. Das DIW Berlin hat aber nachgewiesen, dass ein Zuwanderungsstopp im Gegenteil die deutsche Wirtschaft schädigt. Mehr Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften würde die deutsche Wirtschaft hingegen ankurbeln.

2. Die aktuelle Zustimmung zur EU-Erweiterung

Die verschiedenen Erweiterungen der Europäischen Union waren in den einzelnen Mitgliedsländern häufig umstritten. So sprachen sich im Vorfeld der Norderweiterung um Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich weniger als die Hälfte aller Belgier und Italiener für den Beitritt Dänemarks aus, und noch zehn Jahre später äußerten 40 % der französischen Bevölkerung, sie würden eine Gemeinschaft ohne Großbritannien vorziehen.³ Auch wenn eine negative Haltung der Bevölkerung gegenüber der Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten kein neues Phänomen ist, zeigen aktuelle Umfragedaten, dass die Meinung der Deutschen zur EU-Erweiterung derzeit ungewöhnlich kritisch ausfällt. Die durchschnittliche Zustimmungsrates in der **EU-15** lag bei 49 %.⁴ In Spanien, Griechenland und Italien stand die öffentliche Meinung der EU-Erweiterung positiver gegenüber (mehr als 60 % Zustimmung), als dies im Durchschnitt der EU-15 der Fall war. Die geringsten Zustimmungsrates gab es in Deutschland (36 %) und Österreich (28 %). Die Abbildung zeigt die Entwicklung der öffentlichen Meinung in Deutschland zur EU-Erweiterung in den vergangenen vier Jahren. Danach hat in Deutschland die Ablehnung gegenüber der Erweiterung der EU zugenommen. Während sie von 2000 bis 2003 um etwa 40 % schwankte, lag sie im vergangenen Jahr über 50 %. Besonders hoch war die Ablehnungsrate im April 2004 (60 %), also unmittelbar vor Aufnahme der ersten zehn neuen Mitglieder im Rahmen der derzeitigen Erweiterungsphase. Schließlich deutet der kontinuierlich abnehmende Anteil der unentschlossenen Befragten – derzeit 10 % – darauf hin, dass das Thema in der Wahrnehmung der Bevölkerung an Bedeutung gewinnt.

3. Die Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

In einer vom DIW Berlin und **Infratest Sozialforschung** durchgeführten **repräsentativen Sondererhebung im Rahmen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)** im Sommer 2004 wurden die Befragten gebeten anzugeben, ob sie sich Sorgen im Zusammenhang mit den Folgen der EU-Erweiterung machen. Während lediglich ein Viertel in dieser Hinsicht nicht besorgt war, gaben drei Viertel aller Befragten an, sich einige oder sogar große Sorgen zu machen. Die hohe Rate derer, die die EU-Erweiterung mit Sorge betrachten, bestätigt somit die durch die **Eurobarometer**-Studien gemessene hohe Ablehnungsrate der EU-Erweiterung in Deutschland (siehe auch Abbildung auf Seite 26).

Die Europäische Union hatte bis 1995 15 Mitgliedsstaaten (**EU-15**), deren Bürger die EU-Osterweiterung kritisch beäugten.

Infratest Sozialforschung ist ein unabhängiges Institut für empirische Sozialforschung, das Daten zur Situation und Einstellung der Bürger in Bezug auf Themen wie Arbeit, Bildung, Familie, Einkommen, Politik, Parteien und Staat erhebt.

Eine Stichprobe ist **repräsentativ**, wenn aus den Merkmalen dieser Stichprobe (z.B. hinsichtlich Bildung, Geschlecht oder auch Sorgen um die EU-Erweiterung) auf die entsprechende Verteilung in der Bevölkerung geschlossen werden kann. Repräsentativ sind z.B. Zufallsstichproben, die hinreichend groß sind und bei denen jede Person in der Bevölkerung die gleiche Chance hat, in die Stichprobe zu gelangen.

Das **SOEP** ist eine seit 1984 laufende jährliche Wiederholungsbefragung von Deutschen, Ausländern und Zuwanderern in den alten und neuen Bundesländern. Die Stichprobe umfasste im Erhebungsjahr 2003 mehr als 12.000 Haushalte mit fast 24.000 Personen.

Mit Hilfe des SOEP können die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen beobachtet und analysiert werden (Hier: Durch das SOEP wurde festgestellt, dass sich 2/3 aller Befragten Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung machen.). Des Weiteren wird durch das Sozio-ökonomische Panel ermittelt, wie die Befragten ihre Lebensbedingungen und ihre Lebensqualität einschätzen.

Die durch das SOEP aufgenommenen Daten bieten viele Analyse-möglichkeiten und werden von Universitäten oder andere Forschungseinrichtungen genutzt.

Das **Eurobarometer** spiegelt die Meinung der Europäer über die Europäische Union (EU) wider.

http://www.gesis.org/en/data_service/eurobarometer/index.htm

Sozioökonomische Merkmale

Obwohl in allen untersuchten Bevölkerungsgruppen eine Mehrheit Sorgen hinsichtlich der Folgen der EU-Erweiterung äußert, zeigt eine Differenzierung nach sozioökonomischen Merkmalen, dass es **signifikante** Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen gibt (Tabelle 1, Seite 27). Insbesondere Personen im Alter von 45 bis 54 Jahren sehen die EU-Erweiterung kritisch: 83 % der Personen in dieser Altersgruppe machen sich im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung Sorgen; Personen unter 25 Jahren dagegen sind deutlich seltener besorgt (60 %). Geschlechtsspezifische Unterschiede sind nicht festzustellen. Hingegen ist ein deutlicher Einfluss der Bildung zu erkennen: Je höher der erreichte Schulabschluss der Befragten, desto geringer ist der Anteil derjenigen, die sich im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung sorgen. Personen mit Hauptschulabschluss äußern zu 81 % Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung, diejenigen mit Realschulabschluss zu 78 % und schließlich jene mit (Fach-)Abitur zu 68 %. Auch die berufliche Stellung spielt eine Rolle: Der Anteil derjenigen, die die EU-Erweiterung kritisch betrachten, ist bei Arbeitern vergleichsweise hoch (83 %), bei Selbständigen hingegen relativ niedrig (71 %). Eine Unterteilung der Bevölkerung in drei gleich große Gruppen nach der Höhe des **verfügbaren Haushaltseinkommens** zeigt, dass die Sorgen im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung bei den Personen am niedrigsten sind (71 %), die über das geringste Einkommen verfügen (unteres Drittel der Einkommensverteilung). Schließlich sind Ostdeutsche (70 %) weniger um die EU-Erweiterung besorgt als Westdeutsche (77 %).

Als **signifikant** bezeichnen Statistiker Ergebnisse, bei denen es unwahrscheinlich ist, dass sie durch Zufall zustande kamen.

Als **verfügbares Haushaltseinkommen** bezeichnet man das Geld, das ein Haushalt nach Abzug von Einkommenssteuern und Sozialbeiträgen zur Verfügung hat. (Hier außerdem auf die Größe des Haushaltes bezogen, siehe zur „Bedarfsgewichtung“ auch den Beitrag über Armut in dieser Ausgabe.)



Karikatur: Gerhard Mester

Parteibindung und Mediennutzung

Auch die langfristige Parteibindung und die Mediennutzung ist bei der Beurteilung der Folgen der EU-Erweiterung von Bedeutung (Tabelle 2, Seite 27). Insbesondere die Anhänger der CDU/CSU und der PDS sehen dies kritisch (jeweils 82 %); dagegen machen sich Anhänger von Bündnis 90 / Die Grünen deutlich weniger Sorgen (55 %). Personen, die Berichte über das politische Geschehen in Deutschland in überregionalen Tageszeitungen lesen, sorgen sich nur zu 63 %, während Leser von Boulevardzeitungen zu 84 % Besorgnis über die Folgen der EU-Erweiterung äußern.⁵ Im Gegensatz dazu gibt es keine Unterschiede zwischen Zuschauern von Nachrichtensendungen bei den öffentlich-rechtlichen Sendern und Personen, die Nachrichtensendungen bei privaten Fernsehsendern nutzen.

4. Soziale und wirtschaftliche Folgen der EU-Erweiterung

Betrachtet man die Auseinandersetzung über die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der aktuellen EU-Erweiterung,⁶ dann stehen zwei Punkte im Vordergrund: erstens, inwieweit die deutsche Wirtschaft bzw. der deutsche Arbeitsmarkt von der Erweiterung profitieren kann, und zweitens, wie hoch die Zuwanderung aus Mittel- und Osteuropa nach Deutschland ausfällt.⁷ Die Wahrnehmung in der Bevölkerung muss nicht zwangsläufig die gleiche sein wie in der informierten öffentlichen Diskussion. Vielmehr ist denkbar, dass Befragte bestimmte Folgen der EU-Erweiterung kritischer betrachten, andere hingegen diese als weniger problematisch ansehen.

EU-Erweiterung in der öffentlichen Diskussion

Unter den meisten Experten ist es unumstritten, dass die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Länder in die EU zu positiven Impulsen für Deutschland – und auch für die anderen alten Mitgliedstaaten der EU – führen wird.⁸ Für die **exportorientierte deutsche Wirtschaft** haben diese Länder eine immer größer werdende Bedeutung. Bedingt durch die geographische Nähe zu den neuen Mitgliedsländern Mittel- und Osteuropas könnte insbesondere die ostdeutsche Wirtschaft von der EU-Erweiterung profitieren.⁹ Als Problem wird jedoch gesehen, dass die im Vergleich zu Deutschland geringeren Lohnkosten in den Beitrittsländern zu Produktionsverlagerungen führen können. Die Folge wäre unter Umständen die Auslagerung von Arbeitsplätzen, insbesondere aus **arbeitsintensiven** Branchen, oder sogar eine Absenkung des deutschen **Lohn-**

Der Anteil der **Exporte** am deutschen Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrug 2004 33,6 %, deshalb wird Deutschland auch als „Exportweltmeister“ bezeichnet.

Arbeitsintensive Branchen benötigen viel Input in Form von Arbeitskraft (z.B. Textilindustrie). Dagegen sind in kapitalintensiven Branchen vor allem Maschinen im Einsatz.

niveaus. Analysen für Deutschland zeigen, dass von den Produktionsverlagerungen überwiegend geringer qualifizierte Arbeitskräfte betroffen wären. In der Summe der ökonomischen Folgen der EU-Erweiterung kann man jedoch von einem positiven Nettoeffekt für Deutschland ausgehen.¹⁰ In der öffentlichen Diskussion um die Folgen der EU-Erweiterung wird oft die Vermutung geäußert, die Aufnahme mittel- und osteuropäischer Staaten führe zu starken Wanderungsbewegungen in die Länder der EU-15, insbesondere nach Deutschland. Diese Vermutung stützt sich auf das deutliche Einkommens- und Wohlfahrtsgefälle zwischen den „alten“ und „neuen“ EU-Mitgliedern sowie auf die relativ hohe Arbeitslosigkeit in Mittel- und Osteuropa.¹¹ Obwohl Analysen zeigen, dass diese Befürchtungen unbegründet sind und Deutschland darüber hinaus von der Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten profitieren kann,¹² hat die Bundesrepublik – wahrscheinlich als Reaktion auf die Befürchtungen in der Bevölkerung – die Einführung der **Freizügigkeit von Arbeitnehmern** und anderen Personen aus den Beitrittsländern vorerst um zwei Jahre verschoben.

EU-Erweiterung in der Wahrnehmung der Bevölkerung

Weitergehende **statistische Analysen** zeigen, dass die Sorgen in der Bevölkerung im Zusammenhang mit den Folgen der EU-Erweiterung zum Teil auf wirtschaftlichen Erwägungen beruhen. Allerdings spielt dabei die allgemeine wirtschaftliche Lage in Deutschland eine weitaus wichtigere Rolle als die eigene wirtschaftliche Lage der Befragten oder die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze: Bei Personen, die sich um die wirtschaftliche Lage Deutschlands sorgen, ist die Wahrscheinlichkeit um 16 Prozentpunkte höher, dass sie sich auch um die Folgen der EU-Erweiterung Sorgen machen, als bei Personen, die keine Sorgen im Zusammenhang mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage äußern. Hingegen besteht kaum ein Unterschied hinsichtlich der Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung zwischen Personen, die die eigene wirtschaftliche Lage (Differenz 7 Prozentpunkte) oder die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes (keine Differenz) mit Sorge betrachten und Befragten, auf die dies nicht zutrifft. Auch die Erwartung, dass Personen, die der EU grundsätzlich skeptisch gegenüberstehen, die Erweiterung kritischer beurteilen als generelle EU-Befürworter (Differenz 21 Prozentpunkte), kann bestätigt werden. Wichtiger als wirtschaftliche Erwägungen und EU-Skepsis scheinen Befürchtungen hinsichtlich der Zuwanderung zu sein. Während Personen, die sich keine Sorgen um Zuwanderungen machen, auch seltener Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung äußern (36 %), ist dies bei Personen, die Zuwanderung mit Besorgnis sehen, ganz anders: Für 89 %

Das **Lohnniveau** beschreibt die durchschnittliche Höhe der Löhne aller Beschäftigten in einer Volkswirtschaft. Die Höhe der Löhne hängt natürlich von der Leistung ab. Für internationale Vergleiche macht es deshalb keinen Sinn, nur das Lohnniveau in den Blick zu nehmen, sondern man muss zugleich die Leistungsfähigkeit berücksichtigen. Diese bestimmt sich nach der Produktivität, also danach, was etwa pro Person oder je Arbeitsstunde an Gütern (Waren oder Dienstleistungen) geschaffen wird. Löhne und Produktivität ins Verhältnis zueinander gesetzt ergeben die Lohnstückkosten. Damit wird bestimmt, wie sich die Löhne in Relation zur Leistung verhalten. In Deutschland ist die Produktivität hoch, so dass trotz hoher Löhne konkurrenzfähige Produkte hergestellt werden können. Sehr arbeitsintensive und oft einfache Tätigkeiten wie das Nähen von Hemden oder die Herstellung von Schuhen wurden allerdings in der Vergangenheit ins Ausland verlagert, weil die Produktion wegen deutlich geringerer Lohnstückkosten günstiger ist. Das ist aber durchaus von Vorteil, weil dadurch hierzulande die Preise niedrig bleiben. Und im Ausland entstehen durch diese Produktion Einkommen, die zum Teil dazu verwendet werden, in Deutschland Waren zu kaufen – wie etwa Autos.

Unter **Freizügigkeit von Arbeitnehmern** versteht man das Recht der freien Wahl des Wohn- und Arbeitsortes. In der Folge können alle EU-Bürger ohne Einschränkung und unabhängig von ihrer Nationalität innerhalb der EU ihren Wohnort bestimmen und dort hinziehen und ohne besondere Genehmigung arbeiten.

Unter **statistischen Analysen** wird hier die Untersuchung des Zusammenhangs bestimmter Merkmale der Befragten verstanden (z.B. der Effekt, den Sorgen um Zuwanderung auf Sorgen über die EU-Erweiterung haben). Da es sich hierbei um Analysen auf Basis von Umfragen handelt, besteht ein wichtiger Aspekt der Untersuchung darin, abzuschätzen, mit welcher Wahrscheinlichkeit die gefundenen Zusammenhänge auf die gesamte Bevölkerung übertragbar sind.

von ihnen geben die Folgen der EU-Erweiterung Anlass zur Sorge – eine Differenz von immerhin 53 Prozentpunkten.

5. Fazit

In der öffentlichen Diskussion wird gelegentlich die Meinung geäußert, die derzeitige Erweiterungsphase der EU habe negative soziale und wirtschaftliche Folgen für die bestehende Gemeinschaft. Obwohl wissenschaftliche Analysen zu gegenteiligen Ergebnissen kommen und für Deutschland überwiegend positive Folgen durch die EU-Erweiterung prognostiziert werden, scheint in der Bevölkerung diesbezüglich Skepsis vorzuherrschen: Die Zustimmung der Deutschen zur EU-Erweiterung ist derzeit besonders gering; Deutschland befindet sich hier innerhalb der EU-15 am unteren Ende. Die Analysen sprechen gegen die Vermutung, dass die EU-Erweiterung vor allem jenen Personen Sorgen macht, deren Arbeitsplätze am stärksten durch mögliche Produktionsverlagerungen gefährdet sind: Arbeitslose und Personen, die die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes gefährdet sehen, betrachten die Folgen der EU-Erweiterung nicht skeptischer als andere Befragte. Darüber hinaus ist die Sorge um die EU-Erweiterung besonders gering bei jungen Personen (unter 25-Jährige), bei Befragten aus Ostdeutschland und bei Personen mit geringem Einkommen. Personen, die unter Umständen mit neuen EU-Bürgern um Arbeitsplätze konkurrieren müssen, scheinen also *nicht* diejenigen zu sein, die die EU-Erweiterung als problematisch ansehen. Vielmehr sind es Befragte in wirtschaftlich eher gesicherten Positionen, also erwerbstätige Arbeiter, Personen mit mittlerem Einkommen, Personen in mittlerem Alter sowie Befragte aus Westdeutschland, die am häufigsten Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung äußern. Eine pessimistische Haltung gegenüber den Folgen der EU-Erweiterung wird weniger von der individuellen ökonomischen Betroffenheit als vielmehr von Befürchtungen bezüglich der generellen Folgen für die deutsche Wirtschaft geprägt. Neben wirtschaftlichen Erwägungen bestimmt auch eine generell kritische Einstellung gegenüber der EU die Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung. Der mit Abstand wichtigste Faktor für solche Befürchtungen sind jedoch Sorgen im Zusammenhang mit Zuwanderungen. Das Thema **Migration** scheint in Deutschland oft negativ besetzt. Um die Zustimmung der Deutschen zu den Erweiterungen der EU nachhaltig zu erhöhen, sollten Bemühungen darauf zielen, den Wert der **Freizügigkeit** von Personen als zentralen Bestandteil der europäischen Integration herauszustellen sowie deutlich zu machen, dass Migration eher einen Gewinn als eine Bedrohung darstellt. Eine sachli-

Wenn Menschen ihren Wohnsitz aufgeben und in andere Regionen ziehen, so nennt man dies **Migration**. Ein Grund hierfür ist beispielsweise die Suche nach einem (besseren) Arbeitsplatz.

Freizügigkeit bezeichnet z.B. das im deutschen Grundgesetz (GG) verankerte Recht der freien Wahl des Wohnortes.

che Darstellung von Migration sollte natürlich nicht nur im Hinblick auf die Zustimmung der Bevölkerung zu den EU-Erweiterungen erfolgen, sondern auch eine grundsätzliche Aufgabe von Parteien und Medien sein. Die derzeitige Debatte um die EU-Erweiterung und die Integrationsdebatte zeigen, dass dies nicht immer der Fall ist. Die Analysen bestätigen empirisch die Verantwortung von Politik und Medien: Es gibt durchaus einen Zusammenhang zwischen Parteibindung und Mediennutzung auf der einen Seite und Meinungen in der Bevölkerung auf der anderen Seite.

1 Fragen der europäischen Integration, zu denen es lange Zeit einen gewissen Konsens innerhalb der Mitgliedsländer gab, werden in vielen europäischen Ländern zunehmend wichtiger für parteipolitische Auseinandersetzungen. Vgl. Gary Marks und Marco R. Steenbergen (Hrsg.): *European Integration and Political Conflict*. Cambridge 2004. Die Diskussion um den EU-Beitritt der Türkei mit den divergierenden Positionen von CDU/CSU (privilegierte Partnerschaft) und der rot-grünen Bundesregierung (Vollmitgliedschaft der Türkei) ist ein Beispiel für eine solche Entwicklung.

2 Die Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien und Rumänien wurden im Juni bzw. Dezember 2004 abgeschlossen.

3 Vgl. die Europeans Community Study Nr. 70 (Februar/März 1970), den Vorläufer der Eurobarometer-Studien, sowie die Eurobarometer-Studie Nr. 21 (März/April 1984).

4 Legt man der Berechnung die um die zehn neuen Mitglieder erweiterte EU-25 zugrunde, dann beträgt die durchschnittliche Zustimmung 53 %. Die Zustimmungsraten zur EU-Erweiterung liegen in den neuen Mitgliedstaaten fast durchweg über denen in den Ländern der EU-15 (vgl. Eurobarometer-Studie Nr. 62 von Oktober/November 2004).

5 Diese Befunde bestätigen sich auch, wenn für weitere Merkmale der Befragten in einem multivariaten Modell kontrolliert wird. Wird für Alter, Geschlecht, Bildung, berufliche Stellung, zur Verfügung stehendes Haushaltseinkommen, Stichprobenregion, Parteibindung und persönlichkeitsbedingte Neigung zu Sorgen (Neurotizismus) kontrolliert, besteht bei Lesern von Boulevardzeitungen eine um 9 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, sich über die Folgen der EU-Erweiterung zu sorgen, als bei Personen, die keine Boulevardzeitungen lesen. Bei Lesern von überregionalen Tageszeitungen besteht eine um 12 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit, Sorgen zu äußern, als bei Personen, die keine überregionalen Zeitungen lesen.

6 Der Beitrag konzentriert sich auf die Diskussion sozialer und wirtschaftlicher Folgen der EU-Erweiterung in der Öffentlichkeit bzw. deren Wahrnehmung in der Bevölkerung. Politische Folgen, wie die Konsequenzen der EU-Erweiterung für die Handlungsfähigkeit der EU-Institutionen oder fiskalische Fragen der Erweiterung, werden nicht betrachtet. Zu Analysen der Finanzierung der EU-Erweiterung vgl. z.B. Christian Weise: Wohlstandsgefälle in der EU-27 und Konsequenzen für die EU-Strukturpolitik. In: *Wochenbericht des DIW Berlin*, Nr. 36/2001, S. 562-566; Christian Weise: EU-Osterweiterung finanzierbar - Reformdruck wächst: Szenarien für den EU-Haushalt 2007 und 2013. Ebenda, S. 553-561.

7 Beide Punkte stehen in einem engen Verhältnis zueinander, da die ökonomische Lage in Deutschland Einfluss auf Wanderungsbewegungen hat und umgekehrt das Ausmaß der Migration für die Lage der deutschen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes von Bedeutung ist.

8 Vgl. Tito Boeri und Herbert Brücker: *The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Labour Markets in the EU Member States*. Report for the DG Employment and Social Affairs. Europäische Kommission, Brüssel 2001.

9 Vgl. Ulla Kunze und Dieter Schumacher: Position Ostdeutschlands beim Export nach Polen und Tschechien ausbaufähig. In: *Wochenbericht des DIW Berlin*, Nr. 33/2003.

10 Vgl. Tilman Brück, Herbert Brücker, Hella Engerer, Christian von Hirschhausen, Mechthild Schrooten, Dieter Schumacher, Ulrich Thießen und Harald Trabold: EU-Osterweiterung: Klare Herausforderungen, unberechtigte Ängste. In: *Wochenbericht des DIW Berlin*, Nr. 17/2004.

11 Ähnliche Befürchtungen wurden auch bei der Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft in den 80er Jahren geäußert. Bei der Aufnahme Griechenlands, Portugals und Spaniens bestand ebenfalls ein deutliches Einkommensgefälle zwischen Alt- und Neumitgliedern. Entgegen den Erwartungen hat die damalige Erweiterung der Gemeinschaft aber nicht zu einer vermehrten Zuwanderung nach Deutschland geführt. Stattdessen ist seither eine Nettorückwanderung zwischen Deutschland und Portugal sowie Spanien zu beobachten.

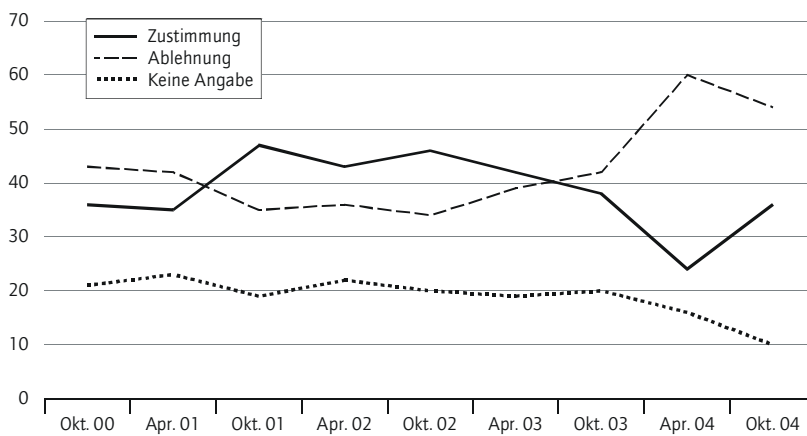
12 Schätzungen zufolge wird die Zahl der in Deutschland lebenden Personen aus den im Jahre 2004 beigetretenen zehn Ländern in etwa 20 Jahren nach Einführung der Freizügigkeit von derzeit 600.000 Personen auf 2 bis 2,8 Millionen Personen steigen. Vgl. Herbert Brücker: EU-Osterweiterung: Effekte der Migration. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 17/2004; außerdem Herbert Brücker, Parvati Trübswetter und Christian Weise: EU-Osterweiterung: Keine massive Zuwanderung zu erwarten. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 21/2000.

Anhang

Abbildung

Zustimmung zur EU-Erweiterung in Deutschland 2000 bis 2004

In % der Bevölkerung



Quelle: Europäische Kommission: Eurobarometer Nr. 55 bis 62.

DIW Berlin 2005

Tabelle 1

Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung nach sozioökonomischen Merkmalen

In % der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Alter	
Bis 24 Jahre	60
25 bis 34 Jahre	71
35 bis 44 Jahre	75
45 bis 54 Jahre	83
55 bis 64 Jahre	79
65 Jahre und älter	80
Geschlecht	
Männer	74
Frauen	76
Schulbildung ¹	
Volks-/Hauptschule	81
Realschule	78
(Fach-)Abitur	68
Berufliche Stellung	
Arbeiter	83
Angestellte/Beamte	79
Selbständige/Freiberufler	71
Arbeitslose	75
Sonstige Erwerbslose	73
Haushaltseinkommen ²	
Niedrig ³	71
Mittel	77
Hoch	76
Keine Angaben	77
Region	
Westdeutschland	77
Ostdeutschland	70
Insgesamt	75

1 Schüler und Personen ohne Schulabschluss nicht ausgewiesen.

2 Angaben zum Nettohaushaltseinkommen nach Haushaltsgröße und -struktur bedarfsgewichtet.

3 Unterste 33 % in der gesamtgesellschaftlichen Verteilung von bedarfsgewichteten Einkommen.

Quellen: SOEP 2004 (Pretest; Anzahl der Befragten = 772); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Tabelle 2

Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung nach Parteibindung und Mediennutzung

In % der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Parteibindung ¹	
CDU/CSU	82
SPD	75
FDP	76
Bündnis 90 / Die Grünen	55
PDS	82
Keine Parteibindung ²	75
Nutzung von Tageszeitungen ³	
Boulevardzeitung	84
Regionale Zeitung	78
Überregionale Zeitung	63
Nutzung von Nachrichtensendungen	
Öffentlich-rechtliches Fernsehen	76
Privates Fernsehen	75
Insgesamt	75

1 Zur Messung von Parteibindungen wurde folgende Formulierung im Fragebogen verwendet: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist es bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?“

2 Personen mit sonstigen Parteibindungen werden nicht ausgewiesen.

3 Zur Messung der politischen Mediennutzung wurden folgende Fragen gestellt: „Lesen Sie Berichte über das politische Geschehen in Deutschland in einer der folgenden Gruppen von Tageszeitungen?“ sowie „Sehen Sie sich Berichte über das politische Geschehen in Deutschland in einer der folgenden Nachrichtensendungen an?“

Quellen: SOEP 2004 (Pretest; Anzahl der Befragten = 772); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005